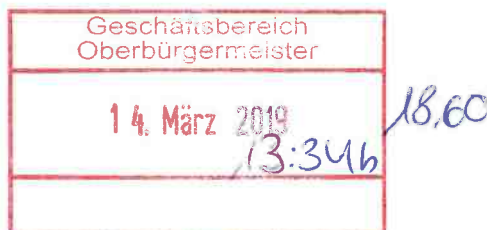




In den Organisations- und Personalausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

14. März 2019



Antrag gem. der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Neue Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt ihre „Neue Regelung der Stadtverwaltung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ zurückzunehmen, bis eine noch zu treffende bundes- oder landesgesetzliche Regelung sie zur Einführung verpflichtet.

Begründung:

Sprache verändert sich demokratisch von unten nach oben. Ein Umdenken oder gar ein Abstellen realer Ungleichberechtigungen hat eine Sprachregelung „von oben“ noch nie bewirkt – im Gegenteil, Versuche in diese Richtung waren eher unselig. Zudem darf sich Verwaltungssprache nicht zu sehr von der Alltagssprache der Menschen entfernen, wenn sie gehört und verstanden werden will. Dieser Auffassung hat sich auch der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen öffentlich angeschlossen. Diesem Geist entspringt auch der Versuch der Verwaltung, durch sogenannte „einfache Sprache“ möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner zu erreichen. Dieser gute Ansatz wird durch die vorgelegte Regelung aus unserer Sicht konterkariert. Zudem besteht mit der Regelung die Gefahr, erneut Menschen auszugrenzen, die sich hinter diesen Sprachregelungen nicht versammeln können oder wollen. Somit würden Ungerechtigkeiten nicht nur bemäntelt, sondern unter Umständen sogar zementiert.

Uns geht es aber um die Beseitigung tatsächlicher Ungleichbehandlungen, denen Menschen immer noch täglich ausgesetzt sind, dafür sind wir gewählt und hier gibt es noch genug zu tun. Eine kurzfristig eingeführte Regelung, von der selbst Mitarbeitende der Verwaltung überrascht waren und deren Festlegungen nicht geschult waren und eher Verwirrung stiften, erfüllt diesen Zweck aus unserer Sicht jedenfalls nicht.



Jens-Michael Emmelmann
stellv. Vorsitzender